

MIGRATION

Die fremdenfreundlichen Deutschen

Die Bürger sehen das Thema Einwanderung entspannter, als Politiker glauben. Und sie haben nichts gegen die Aufnahme neuer Flüchtlinge.

VON Lisa Caspari | 13. April 2011 - 18:12 Uhr

© Marcus Brandt / dpa



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Hamburger Integrationsprojekt

Ein "trampelnder, trompetender Elefant" namens Thilo Sarrazin hat mit seinen wirren Thesen im vergangenen Herbst das zerbrechliche Vertrauen von Deutschen und Migranten ineinander erschüttert. So formuliert es der Integrationsforscher Klaus J. Bade und mit ihm die Fachexperten des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Am Mittwoch stellte der Rat sein neues Jahresbuch vor, *Migrationsland 2011* heißt es und befasst sich mit Ein- und Abwanderung und der Integrationspolitik in Deutschland.

Grundlage für Bades Elefanten-Formulierung ist eine Umfrage seines Sachverständigenrats unter 2500 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland. Für das letzte Jahresgutachten 2009 und auch nach den Sarrazin-Aussagen 2010 hatten die SVR-Forscher von den Befragten wissen wollen, ob Deutsche und Migranten "ungestört miteinander" lebten. Bereits 2009 war nur jeder fünfte Zuwanderer dieser Ansicht, ein Jahr später und nach der Integrationsdiskussion schrumpfte dieser Anteil auf 9,1 Prozent. Bei Deutschen ohne Migrationshintergrund hat die Debatte ebenfalls Spuren hinterlassen – sie antworteten öfter ambivalent ("teils/teils") als zuvor.

Das sei ein Beispiel für die Gefährlichkeit populistisch geführter Immigrationsdebatten, sagte Bade bei der Vorstellung des Jahrbuchs am Mittwoch. Hinzu käme, dass diese Debatten qualifizierte potenzielle Einwanderer vom Zuzug nach Deutschland abhielten.

Doch die Bundesrepublik braucht wegen der zurückgehenden Geburtenzahlen ausländische Fachkräfte für den wirtschaftlichen Wohlstand und die Sozialsysteme.

Die Bürger haben das anscheinend verstanden: Eine Mehrheit der vom SVR Befragten wusste, dass Deutschland inzwischen ein Abwanderungsland ist. Seit 2008 ziehen jährlich mehr Menschen aus der Bundesrepublik weg als einwandern. Das findet eine Mehrheit der Deutschen laut der Studie sogar bedenklich.

Die Bürger sind daher auch aufgeschlossen für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte: 60 Prozent der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund befürworteten einen geregelten Zuzug aus dem Ausland, erläuterte SVR- Geschäftsführerin Gunilla Fincke. Allerdings lehnen in beiden Gruppen auch rund 70 Prozent mehr Einwanderung von Niedrigqualifizierten ab.

Das zeigt laut SVR-Vorsitzendem Bade, dass ein Punktesystem für eine geregelte Zuwanderung Akzeptanz bei der Bevölkerung finden könnte. Beim Punktesystem werden Ausländer nach Merkmalen wie Bildungsabschluss, Berufsbranche und Alter bewertet. Zuwanderer mit gesuchten Qualifikationen können dann auch ohne Nachweis eines Arbeitsplatzes eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. In Deutschland existiert ein solches System noch nicht, eine etwaige Einführung ist auch in der Regierungskoalition umstritten.

Bade glaubt, die Bundesrepublik könne mit einem vereinfachten Zuzug für ausländische Ingenieure und Naturwissenschaftler beginnen. Ein solches System müsse nur "klar und nachvollziehbar" kommuniziert und ständig auf seinen Erfolg hin überprüft werden – mit Option zur Aussetzung.

Insgesamt vertritt der Integrationsforscher die Auffassung, Deutschland müsse "attraktiver für eigene und ausländische Spitzenleute" werden. Die hiesige Einwanderungspolitik müsse sich "runderneuern", auch weil es inzwischen eine weltweite Konkurrenz um die klügsten Köpfe gibt.

ZUSAMMENSETZUNG UND AUFGABEN DES SVR

Dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) gehören acht Stiftungen an, darunter die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Der SVR wurde 2008 ins Leben gerufen, er versteht sich als unabhängiges Beobachtungs- und Beratungsgremium, das regelmäßig zu Integration und Migration Stellung bezieht.

Das zweite Jahresgutachten des SVR beruht unter anderem auf einer Repräsentativbefragung von mehr als 2500 Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund in den multikulturellen Hochburgen Rhein-Ruhr, Stuttgart, Rhein-Main und Berlin. Zudem formuliert es Forderungen an Gesellschaft und Politik.

Doch das wichtigste Ergebnis der SVR-Befragung ist nach Ansicht von Bade ein anderes: Wenn Politiker "Schreckensbilder der Zuwanderung" zeichneten und von "offenen Schleusen" bei der Fachkräfteanwerbung warnten, offenbarten sie, wie wenig sie ihre eigenen Bürger kennen. Ähnlich verhält es sich offenbar bei der aktuellen Flüchtlingsdiskussion.

Junge Menschen aus Nordafrika könnten wegen des Fachkräftemangels bald eine bedeutende Rolle auf dem deutschen Arbeitsmarkt spielen, sagt Bade. Deutschland dürfe keine Angst vor deren muslimischer Religionszugehörigkeit haben. Er spricht damit die Flüchtlinge an, die CSU-Innenminister Hans-Peter Friedrich und die Mehrheit seiner EU-Amtskollegen derzeit nicht im eigenen Land aufnehmen wollen. Doch auch hier scheint die Toleranz der Bevölkerung stärker ausgeprägt, als viele Unionspolitiker glauben. 48,5 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund und 40,9 Prozent der Einwanderer befürworten es, wenn Flüchtlinge und Asylsuchende in Zukunft stärker als bisher aufgenommen werden. Eine kleine Einschränkung gibt es allerdings: Die Zahlen stammen von Dezember – damals gab es noch keine arabischen Revolutionen und kein erneutes Flüchtlingsdrama vor Lampedusa.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-04/studie-migrationsland-immigration>